

Die Revolution von 1848/49

Im deutschen Bürgertum, vor allem aber in den süddeutschen Landtagen, gab es schon lange vor 1848 das sichere Gefühl, dass es etwas Besseres gäbe als dass der jeweilige Fürst alle Macht alleine habe. Die Bürger wollten einen Staat, in dem sie an den Entscheidungen beteiligt waren, und der diejenigen Rechte garantierte, die sie als „liberale Grundrechte“ kannten. Darüber hinaus wollten sie die Einigung aller Deutschen in einem Staat. Das alles lief letztlich auf die Entmachtung der Fürsten und die Auflösung der 38 Kleinstaaten hinaus. Da die Fürsten das natürlich als höchst gefährlich ansahen, taten sie alles, um diese Bestrebungen zu unterdrücken. Demokratie und Nationalstaat waren daher revolutionäre Umtriebe.

Um dieses Ziel dennoch zu erreichen, hielten die „fortschrittlichen“ unter den Abgeordneten in den Landtagen regen Kontakt miteinander, mussten sich aber immer vor der Polizei verstecken.

Vor dem großen „Knall“ gab es zwei Ereignisse, in denen sich die liberalen Kräfte artikulierten und ihre Forderungen verkündeten. Das eine war eine „Volksversammlung“ im September 1847 in Offenburg, die radikale Töne anschlug und politische Freiheiten forderte. Wenige Wochen später trafen sich in Heppenheim Abgeordnete der süddeutschen Landtage. Ihre Sprache war verhaltener, sie akzeptierten die Ordnung des Deutschen Bundes und forderten „nur“ eine Weiterentwicklung im Sinn einer parlamentarischen Vertretung. Diese aber sollte den ganzen Deutschen Bund umfassen.

Ein zündendes Ereignis sahen die deutschen Liberalen in der Revolution im Februar 1848 in Paris, als der König verjagt und die Republik ausgerufen wurde. Schon nach wenigen Tagen drang die Kunde davon nach Mannheim, wo eine bereits für den 27. Februar angekündigte Bürgerversammlung kurzerhand umfunktioniert wurde. Hier wurde beschlossen, eine Abordnung nach Karlsruhe in die Hauptstadt Badens zu schicken, die beim Großherzog liberale Freiheitsrechte und neue Minister mit liberaler Gesinnung erbitten sollte.

Überraschenderweise gab der Großherzog – wohl aus Furcht vor einer Revolution wie in Paris – ohne Widerstände nach und berief neue Minister.

Inzwischen hatte sich die Kunde von der Revolution in Paris auch nach Berlin und Wien verbreitet. Auch dort gab es Bürgerversammlungen, aber in Berlin ging das Gerücht um, der König sammle seine Truppen, um eine befürchtete Revolution niederzuschlagen. Daraufhin errichteten die Berliner Bürger Barrikaden in den Straßen, um das königliche Militär am Vorrücken in die Stadt zu hindern. Als Kurzschlussreaktion fielen auf der Seite des Militärs Schüsse, einige Demonstranten wurden getroffen und starben.

Was sollte der König tun?

Ließ er dennoch das Militär aufmarschieren, riskierte er einen Bürgerkrieg, an dessen Ende er womöglich selbst der Revolution zum Opfer fiel und seinen Thron verlor. Gab er nach, verlor er – seiner Ansicht nach – sein Gesicht in Deutschland und Europa und galt als Schwächling. Sein Ziel war – und das seit langem –, die deutsche Einheit zu schaffen, und zwar unter unangezweifelter preußischer Führung. Sein Ziel war ebenso, Zeit zu gewinnen und die Demonstranten zu beruhigen.

Dazu musste er so tun, als ob er die Ziele der Demonstranten anerkenne und mit ihnen zusammenarbeite. In Wirklichkeit nutzte er aber die Zeit, um seine eigenen Pläne voranzutreiben. Deutsche Einheit ja – aber unter preußischer Führung. Liberale Freiheiten nein – das hätte seine Macht als König geschmälert.

Er verneigte sich vor den Gefallenen der Barrikadenkämpfe und beruhigte so das Volk. Er ließ ihre Särge mit schwarz-rot-goldenen Fahnen schmücken und tat damit so, als solidarisiere er sich mit der Revolution. Auch er ernannte neue liberale Minister.

Ähnliches geschah in Wien, wo der im Volk verhasste Minister Metternich entlassen wurde, um das Volk zu beruhigen.

Inzwischen waren die Überlegungen in Süddeutschland so weit gekommen, dass Anfang März 1848 zu einer Versammlung in Heidelberg eingeladen wurde, auf der die Bildung einer deutschen Nationalversammlung diskutiert und vorbereitet wurde. Ein Vorparlament sollte zusammentreten, das beschließen sollte, wie überhaupt gewählt werden konnte. Sitz von Vorparlament und Nationalversammlung sollte Frankfurt sein, die Stadt, in der jahrhundertlang der deutsche Kaiser gewählt worden war.

Das Vorparlament trat dann auch wirklich in Frankfurt zusammen, aber hier zeigten sich schon die ersten schweren Differenzen unter den Teilnehmern.

Die Radikalen, unter ihnen Gustav Struve und Friedrich Hecker, forderten, das Vorparlament solle ständig tagen und wichtige Beschlüsse sofort fassen. Ihr Ziel war die Errichtung einer deutschen Republik, da sie davon ausgingen, dass die Fürsten ihre Macht nicht kampfflos aufgeben würden. Da sie im Vorparlament keine Mehrheit fanden, organisierten sie einen bewaffneten „Volkszug“ von Konstanz aus über den Schwarzwald nach Karlsruhe und hofften, das ganze badische Volk würde sich ihnen unterwegs anschließen. Ihr Wunsch erfüllte sich nicht, sie wurden unterwegs von badischen und anderen Truppen zurückgeschlagen.

Die Nationalversammlung, die schließlich am 18. Mai in Frankfurt zusammentrat, hatte mehrere Aufgaben zu bewältigen:

- Schaffung einer liberalen Verfassung
- Schaffung eines deutschen Nationalstaats
- Bildung einer gesamtdeutschen Regierung

Schnelle Einigung war bei der Formulierung der Grundrechte erreicht. Sie bildeten den Kern der liberalen Forderungen und sollten die Stellung des Bürgers gegenüber der Obrigkeit (Fürst, Staat, Regierung, Beamte etc.) stärken.

Was die Schaffung einer liberalen Verfassung angeht, agierte das Parlament fast wie im luftleeren Raum, denn in der Wirklichkeit dachten die Fürsten, allen voran die die größten deutschen Staaten, der König von Preußen und der Kaiser von Österreich, nicht daran, ihre Macht abzugeben. Im Gegenteil – sie drängten in ihren Ländern die liberalen Kräfte unter Einsatz ihres Militärs zurück.

Über den deutschen Nationalstaat wurde heftig diskutiert. Hier war die grundsätzliche Entscheidung, ob alle Deutschen in den neuen Staat oder ob die Gebiete, die von den großen deutschen Fürsten regiert wurden, mit einbezogen werden sollten.

- Alle Deutschen – das hätte bedeutet, auch Österreich, auch Böhmen, auch Südtirol – von den Deutschen, die auf dem Balkan siedelten, ganz abgesehen.
- Gebiete der Fürsten – das hätte ein Deutschland mit den preußischen Teilen Polens, mit dem österreichischen Ungarn, mit Böhmen und anderen Teilen der Habsburgermonarchie. Wenn aber nur die deutschen Teile Österreichs zum neuen Deutschen Reich gekommen wären, hätte das das Ende des Kaiserreichs bedeutet, dann hätten die Ungarn und Tschechen auch einen eigenen Nationalstaat gefordert.

Kernpunkt dieser Diskussion war also Österreich. Mit ihm war keine Lösung zu erreichen, ohne es war der deutsche Nationalstaat unvollständig. Allerdings hätte in einem solchen Staat Preußen die alleinige Vormacht gehabt.

Die Begriffe, um die gestritten wurde, waren „kleindeutsch“ – ohne Österreich, aber mit den polnischen Gebieten Preußens – und „großdeutsch“ – mit Österreich.

In der dritten Frage, der einer neuen Regierung, standen sich Republikaner und Monarchisten gegenüber. Erstere sahen die Monarchie als veraltet und überkommen an, nur in der Republik konnten sowohl Demokratie als auch liberale Freiheitsrechte verwirklicht werden. Die Befürworter der Monarchie allerdings sahen, dass man kaum 36 Monarchen zur Abdankung bringen konnte, wollten also mit ihnen zusammen arbeiten.

Hauptfrage war hier die Besetzung der Reichsspitze. Nachdem die Entscheidung für die kleindeutsche Lösung gefallen war, gab es keinen anderen Weg als den König von Preußen zum Kaiser zu wählen. Er war die mächtigste der Fürsten und hätte sich niemals einem anderen Fürsten untergeordnet. Kaiser musste er werden, weil in der Tradition das Kaisertum die „deutsche“ Monarchie schlechthin war (und das seit Karl dem Großen) und weil das neue Staatsoberhaupt über Könige (wie den König von Bayern oder den König von Sachsen) herrschen sollte.

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte allerdings schon lange vorher klar gemacht, dass er keineswegs eine von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone annehmen würde – das lief seinen Ansichten von gottgewollter Regierung zuwider.

Ausweglose Situation für die Nationalversammlung? Schon, weil es keine Alternative dazu gab. Der einzige mögliche Kandidat lehnt aus prinzipiellen Erwägungen ab – und das unter beleidigenden Äußerungen von „Dreck und Lehm“ und „Aasgeruch der Revolution“. Eigentlich hätten die Abgeordneten einpacken müssen.

Sie packten nicht ein, sondern fuhren nach Berlin, um sich die Abfuhr persönlich abzuholen. Was der Preußenkönig dann auch prompt tat. Damit nicht genug, er befahl den preußischen Abgeordneten der Nationalversammlung, nach Hause zurückzukehren. Wenn die deutsche Einheit geschaffen werden sollte, dann von ihm. Wenn er eine Kaiserkrone aufsetzen sollte, dann kam die von Gott. Und von seinesgleichen (also von den deutschen Fürsten).

Ein neuer Bürgerkrieg brach aus, als in Baden und der (bayerischen) Pfalz sich das Volk erhob und die regulären Truppen sich mit ihm solidarisierten. Sie wollten die Reichsverfassung durchsetzen. Jetzt und sofort. Die Reaktionären Fürsten jedoch, allen voran natürlich Preußen, schickten Truppen, um den Aufstand blutig niederzuschlagen.

Die Festung Rastatt, in der sich die revolutionären Truppen verschanzt hatten, kapitulierte im Juli 1849, alle Friedhöfe der Region um Mannheim sind voll mit gefallenem Kämpfern des Aufstands.